

Mündlicher Bericht

des Ausschusses
für Angelegenheiten der inneren Verwaltung
(24. Ausschuß)

über den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung
von Bundesgrenzschutzbehörden
- Nr. 1785 der Drucksachen -

Berichterstatter:
Abgeordneter Maier (Freiburg)

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen,
dem Gesetzentwurf mit den aus der nachstehenden Zusammenstellung
ersichtlichen Änderungen zuzustimmen.

Bonn, den 6. Februar 1951

Der Ausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung

Maier (Freiburg)
Vorsitzender und Berichterstatter

Zusammenstellung
des
Entwurfs eines Gesetzes
über die Errichtung von Bundesgrenzschutzbehörden
- Nr. 1785 der Drucksachen -
mit den
Beschlüssen des 24. Ausschusses

Entwurf

**Entwurf eines Gesetzes über die
Errichtung von Bundesgrenzschutzbehörden**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In bundeseigener Verwaltung werden Bundesgrenzschutzbehörden errichtet.

§ 2

Die Bundesgrenzschutzbehörden gliedern sich in eine Bundesoberbehörde sowie in Mittel- und Unterbehörden. Sie unterstehen dem Bundesminister des Innern.

Zahl, Ausstattung und Sitz dieser Behörden werden durch die Bundesregierung bestimmt.

§ 3

Die Bundesgrenzschutzbehörden sichern das Bundesgebiet gegen verbotene Grenzübertritte, insbesondere durch die Ausübung der Paßnachschau, und gegen sonstige, die Sicherheit der

Beschlüsse des 24. Ausschusses

**Entwurf eines Gesetzes über ~~den~~
Bundesgrenzschutz und die Einrichtung
von Bundesgrenzschutzbehörden**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur Durchführung des Bundesgrenzschutzes werden in bundeseigener Verwaltung Bundesgrenzschutzbehörden eingerichtet.

(2) Sie unterstehen dem Bundesminister des Innern. Sie gliedern sich in Mittel- und Unterbehörden.

(3) Zahl und Ausstattung dieser Behörden werden durch die Bundesregierung bestimmt; der Sitz wird durch die Bundesregierung im Benehmen mit dem jeweils beteiligten Land geregelt.

§ 2

entfällt

§ 3

Die Bundesgrenzschutzbehörden sichern das Bundesgebiet gegen verbotene Grenzübertritte, insbesondere durch die Ausübung der Paßnachschau, und gegen sonstige, die Sicherheit der

Entwurf

Grenzen gefährdende Störungen der öffentlichen Ordnung.

§ 4

Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Beschlüsse des 24. Ausschusses

Grenzen gefährdende Störungen der öffentlichen Ordnung im Grenzgebiet. Soweit die Polizeiaufgaben der Länder hierdurch berührt werden, handeln die Bundesgrenzschutzbehörden im Benehmen mit den Polizeibehörden des beteiligten Landes.

§ 3a

Soweit die Länder im Hinblick auf die Einrichtung von Bundesgrenzschutzbehörden ihre dem Grenzschutz dienende Polizei abschaffen oder verringern, sollen die hierdurch entbehrlich gewordenen Beamten und Angestellten in die Bundesgrenzschutzbehörden übernommen werden, soweit nicht im Einzelfall wichtige Gründe entgegenstehen.

§ 4

unverändert